

Die Delegiertenversammlung der Zahnärztekammer Berlin hat in ihrer Sitzung am 11. Mai 2023 beschlossen:

Resolution der Berliner Zahnärzteschaft

Das Ende der Leistungsfähigkeit der Berliner Zahnärzteschaft ist erreicht!

- Die Budgetierung zahnärztlicher Leistungen in der GKV bei gleichzeitigem Ausbleiben einer Erhöhung des Punktwerts in der GOZ seit über 35 Jahren ist für die Zahnärzteschaft nicht mehr hinnehmbar.
- Die Regelungen im GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKV-FinStG) gefährden massiv die Existenz aller Praxen und führen zu einer massiven Verschlechterung der wohnortnahen Patientenversorgung.
- Die wirtschaftlichen Folgekosten der Corona-Pandemie sowie zunehmender Migrationsbewegungen sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben und durch das allgemeine Steueraufkommen zu bewältigen. Diese Leistungen gehören nicht in die GKV!
- Die massiv verschlechterten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen infolge von extremer Inflation, dramatischer Energiekrise und notwendigen Lohnanpassungen verschärfen den wirtschaftlichen Druck in unseren Praxen zusätzlich.

Wir fordern

- eine Erhöhung des Punktwerts in der GOZ, die die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Inflation und die Hygienekosten in voller Höhe abbildet.

Durch die Budgetierung wird die Prävention in der Zahnmedizin konterkariert.

- Die neue Berliner Landesregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat unverzüglich für eine Reform des GKV-FinStG einzusetzen, um versicherungsfremde Leistungen aus der gesetzlichen Krankenversicherung herauszunehmen.

